# Die Kraft zur Reform ist keine Geldfrage

Autor(en): **Breit, Ernst**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **75 (1983)**

Heft 3: **Agrarpolitik**

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-355130

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

# Die Kraft zur Reform ist keine Geldfrage

*Ernst Breit**

Vor unserem 12. Ordentlichen Bundeskongress war in einigen Presseberichten voreilig schon eine tiefgreifende Krise der deutschen Gewerkschaftsbewegung herbeibeschworen worden. Entgegen allen Unkenrufen fand die angekündigte «Selbstzerfleischung» auf dem Berliner Kongress nicht statt. Die deutschen Gewerkschaften haben bewiesen, dass sie sich auch in schwierigen Zeiten auf die wesentlichen Fragen konzentrieren und auf die aktuellen Herausforderungen wegweisende Antworten geben können.

Die Gewerkschaftsbewegung hat sich zum Ziel gesetzt, die Wirtschaft zu humanisieren und zu demokratisieren. Der Weg auf dem wir dieses Ziel anstreben, ist der steinige Weg der Reformen. Weder Restauration noch Revolution stehen in unserem Grundsatzprogramm. Wir unterscheiden uns damit eindeutig sowohl von den einen, die zu überkommenen Formen unkontrollierter Unternehmermacht und sozialer Ungerechtigkeit zurückkehren wollen, als auch von den anderen, die uns einreden wollen, wir würden noch immer dort stehen, wo die einen uns wieder hinbringen wollen.

Arbeitslosigkeit ist unmenschlich – inhuman ist es aber auch, wenn Menschen unter Bedingungen arbeiten müssen, die körperlich und seelisch kaputtmachen. Dass die paritätische Mitbestimmung auf einen schmalen Sektor unserer Wirtschaft begrenzt ist, lässt sich mit unserem demokratischen Selbstverständnis nicht vereinbaren. Die konkreten Herausforderungen, denen die Gewerkschaften und mit ihnen unsere Gesellschaft insgesamt heute gegenüberstehen, sind damit benannt: Die Arbeitslosigkeit abzubauen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die gleichberechtigte Mitbestimmung überall durchzusetzen.

Reformpolitik darf nicht mit Flickschusterei und das gewerkschaftliche Konzept zur Bewältigung der Beschäftigungskrise nicht mit herkömmlichen Konjunkturspritzen und überholtem Keynesianismus verwechselt werden. In der öffentlichen Diskussion wurde immer wieder versucht, die beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik, wie wir sie fordern, zu einer blossen Geldfrage hinunterzuspielen; ganz so, als ob die Gewerkschaften eine grosse Rechnung präsentieren und nicht dazu sagen wollten, wer sie bezahlen soll. In Wirklichkeit ist nicht so sehr die finanzielle als vielmehr die reformpolitische Kraft dieser Republik gefragt, denn unser Konzept zielt nicht einfach auf die Wiederbelebung, sondern darüber hinaus auf die Humanisierung und Demokratisierung der Wirtschaft. Konservative Ideologen, die die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft an-

* Dieser Beitrag des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ist der «Freien Gewerkschaftswelt» (5/1982) entnommen, der Zweimonatszeitschrift des IBFG.

preisen, wollen uns einreden, dass die Wiederbelebung nur unter Verzicht auf humanere und demokratische Produktionsbedingungen möglich sei, obwohl jeder aufgeklärte Zeitgenosse mittlerweile begriffen hat: Wachstum um des Wachstums willen, technischer Fortschritt ohne sozialen Fortschritt bedeutet gesellschaftlichen Rückschritt. Unsere Antwort auf die aktuellen Herausforderungen heisst deshalb: Beschleunigung des qualitativen Wachstums, soziale Beherrschung des technischen Wandels, Verkürzung der Arbeitszeit.

Dieselbe Wirtschaft, die jährlich Millionen Arbeitnehmer «freisetzt», ihnen Arbeitsplatz- und Wohnortwechsel als normales Arbeitnehmerschicksal zumutet, sieht unseren freiheitlichen Rechtsstaat in Gefahr, wenn die Gewerkschaften fordern, Investitionen freizusetzen und dort hinzulenken, wo ein gesellschaftlicher Bedarf unübersehbar ist: zum Beispiel im sozialen Wohnungsbau, im Umweltschutz, in der Energieversorgung. Nicht der höchstmögliche Gewinn für wenige, sondern der grösstmögliche Nutzen für viele – auch das bedeutet qualitatives Wachstum.

Die neuen Techniken, Mikroprozessoren und Roboter vernichten oder verändern doch nicht nur einzelne Arbeitsplätze, sie krempeln unsere gesamte Volkswirtschaft um und entscheiden damit massgeblich über die zukünftige Qualität unseres Lebens. Dass diese Entscheidungen weitgehend ohne demokratische Legitimation, nur auf private Eigentumsrechte gegründet fallen, scheint mir eines demokratischen Gemeinwesens unwürdig. Die Mitbestimmung derer, die von diesen Entwicklungen betroffen, um nicht zu sagen: bedroht sind, ist unabdingbar. Wer die Mitbestimmung nicht als Angebot der Gewerkschaften zur Mitverantwortung begreift, wer glaubt, vor den asozialen Folgen eines unkontrollierten technischen Wandels die Augen verschliessen zu können, der schart sich um die Fahnen des gesellschaftlichen Rückschritts.

Rationalisierungsprozesse, durch die die vorhandene Arbeit verringert wird, stellen nur dann einen Fortschritt dar, wenn erstens die verbleibende Arbeit gerecht verteilt und wenn zweitens die Qualität der Arbeit verbessert wird. Die Arbeitgeber haben die Arbeitszeitverkürzung mit einem Tabu belegt. Ich möchte dazu «Meyers Neues Lexikon» zitieren: Der Begriff Tabu wird heute vor allem... als Bezeichnung für all jene ‹verbotenen› Themen, Bereiche, Dinge, benutzt, über die ‹man› nicht spricht und die ‹man› nicht tut, deren ‹Verbot› aber im allgemeinen weder rational legitimiert noch funktional begründet ist.» Dem habe ich nichts hinzuzufügen, es sei denn die Feststellung, dass sich die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung auch als die Geschichte des Kampfes gegen rational nicht legitimierte und funktional nicht begründete Arbeitgeberinteressen schreiben lässt, Rückschläge, die uns von aussen treffen, und Fehltritte in den eigenen Reihen können uns bremsen, stoppen werden sie uns nicht in dem steten Bemühen, diese Geschichte fortzuschreiben. Die Ziele, die wir uns hier und heute gesetzt haben, sind jede Anstrengung wert. Ich bin zuversichtlich, dass jeder sich anstrengt – zielstrebig, mutig und entschlossen.